

Wenn Reichtum Armut schafft

Rohstoffe sind ein gutes Geschäft. Allerdings nicht für alle: In rohstoffreichen Entwicklungsländern leben 1,5 Milliarden Menschen in Armut, während korrupte Eliten und internationale Konzerne die Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft mit den ärmsten Ländern einstreichen. Bestrebungen für mehr Transparenz sollen Abhilfe schaffen. Von Gabriela Neuhaus.



Per-Anders Pettersson/afp

In der Mine von Ruashi in der Demokratischen Republik Kongo bauen rund 4000 Arbeiter von Hand Kupfer ab

Gemessen an seinen Bodenschätzen ist Afrika ein reicher Kontinent. Ob begehrte mineralische Rohstoffe wie Gold, Diamanten und Kobalt oder die rasch zunehmende Förderung von Erdöl und Erdgas: Das boomende Geschäft mit den natürlichen Ressourcen sollte den armen Ländern eigentlich Entwicklung und Wohlstand bringen. Oft ist jedoch das Gegenteil der Fall. So leben zum Beispiel in Sambia zwei Drittel der Bevölkerung in Armut, obschon das Land mit Kupfer und Kobalt über besonders begehrte Exportprodukte verfügt. Deren Abbau und Vermarktung werden von international operierenden Konzernen kontrolliert, seit der Bergbau als Folge der Rohstoffkrise in den 1990er-Jahren und auf Druck der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds IWF privatisiert worden ist.

Heute gehört zum Beispiel die Mopani-Mine, die

grösste Kupfermine Afrikas, einer Tochtergesellschaft des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore. Aufgrund investorenfreundlicher Lizenz- und Steuerbedingungen fliesst nur ein Bruchteil der üppigen Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft in die Staatskasse. Damit ist Sambia kein Einzelfall: Der African Economic Outlook 2012 schätzt, dass das Millenniums-Entwicklungsziel «Halbierung der Armut» auch in Afrika hätte erreicht werden können, wären die Gewinne aus dem Rohstoffhandel nicht abgezogen, sondern auf dem Kontinent selber reinvestiert worden.

Begehrter Handelsplatz Schweiz

Laut Schätzungen der OECD entgehen den Entwicklungsländern allein durch Steuerhinterziehung und -vermeidung jährlich bis zu einer Billion Dollar. Die grossen Player im Rohstoffsektor

neigen besonders stark zu solchen Praktiken, wie eine Weltbankstudie zeigt. Die Strukturen dieser Konzerne, die 24 Stunden pro Tag rund um den Globus ihr Business betreiben, sind hochgradig verschachtelt und unübersichtlich.

Die Schweiz entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Standort für solche Unternehmen, die hierzulande von attraktiven Rahmenbedingungen wie einem starken Finanzplatz,

Abhängig von finanzkräftigen Partnern

Während langer Zeit erfolgte der Aufschwung der Rohstoffbranche in der Schweiz quasi hinter verschlossenen Türen. Der Grossteil der Firmen ist in Privatbesitz und tritt in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. Mit einer Studie über ausbeuterische Geschäftspraktiken von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo lancierten die ökumenischen Hilfswerke Brot für alle und Fastenop-



Le Figaro Magazine/afp

Niger macht mit der Offenlegungspflicht bei Rohstoffgeschäften – unter anderem beim Abbau von Uranerz – gute Erfahrungen

limitierten Auflagen bezüglich Transparenz sowie steuerlichen Sonderregelungen für Unternehmen und reiche Privatpersonen profitieren. Heute werden schätzungsweise 15 bis 25 Prozent des weltweiten Rohstoffhandels über die Schweiz abgewickelt: Genf ist mit einem Anteil von 35 Prozent der wichtigste Handelsplatz für Erdöl, die Hälfte des weltweiten Kaffee- sowie des Zuckerhandels laufen über die Schweiz.

Ein weiteres Beispiel ist Gold, das im Gegensatz zum Grossteil der übrigen Rohstoffe auch physisch in die Schweiz gelangt und hier veredelt wird. Mit einem jährlichen Bruttogewinn von über 20 Milliarden Franken tragen die Rohstofffirmen mit Sitz in der Schweiz heute 3,5 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei und haben damit traditionell wichtige Branchen wie Maschinenbau oder Tourismus überholt.

fer 2011 erstmals eine breitere Debatte über Zusammenhänge zwischen dem Rohstoffhandelsplatz Schweiz und dem oft zitierten «Rohstoff-Fluch» in den armen Ländern des Südens. Ein Begriff, der bereits zu Kolonialzeiten geprägt wurde, als die Bodenschätze in den heutigen Entwicklungsländern von den Kolonialmächten als ihr Eigentum beansprucht und ausgebeutet wurden.

Damals wie heute basiert der Zusammenhang zwischen dem Elend der Menschen und dem Rohstoffreichtum in diesen Ländern nicht auf einem Fluch, sondern auf handfesten Machtkonstellationen. Dabei spielen die Erpressbarkeit schwacher Staaten, wie auch weitverbreitete Korruption in zahlreichen Entwicklungsländern, eine wichtige Rolle.

Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass starke Staaten wie Norwegen oder Kanada problemlos in

Was sind Rohstoffe?

Als Rohstoff bezeichnet man natürliche Ressourcen, die ausser ihrer Gewinnung oder Ernte noch keine oder erst eine geringe Verarbeitung erfahren haben. Im aktuellen Diskurs unterscheidet man drei Kategorien: Die fossilen Energieträger Erdgas, Erdöl und Kohle, mineralische Rohstoffe – dazu gehören Erze, Metalle und seltene Erden – sowie die Agrarrohstoffe. Die beiden ersten Rohstoffkategorien zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht reproduzierbar sind. Damit bergen sie für ihre Besitzer eine einmalige Möglichkeit, durch Abbau und Verkauf daraus Gewinn zu schlagen. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren laufend gestiegen und nimmt weiter zu. Experten gehen davon aus, dass zwischen 2011 und 2050 mehr Rohstoffe abgebaut werden, als in allen früheren Epochen zusammen.

Literaturhinweis: Rohstoff – das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Erklärung von Bern (Hrsg) Salis Verlag AG Zürich, 2012

Die Haltung der DEZA

Für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, die in Förderländern zu einer ebensolchen Entwicklung beiträgt, braucht es erhöhte Transparenz und Rechenschaftspflicht für Geschäfte mit Rohstoffen. Darüber hinaus braucht es internationale Standards für die Geschäftstätigkeit von multinationalen Unternehmen in rohstoffexportierenden Entwicklungsländern – namentlich in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz und Investitionen. In den Partnerländern zielen Projekte und Programme von DEZA und SECO zudem darauf hin, die Regierungen und Verwaltungen so zu stärken, dass sie die Interessen ihrer Länder bei Verhandlungen mit internationalen Unternehmen besser vertreten sowie entsprechende Steuersysteme einführen und durchsetzen können. Ein weiteres Ziel ist die Stärkung einer demokratischen Kontrolle, zum Beispiel durch Parlamente und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Rohstoffbericht

Ende März hat der Bundesrat den Grundlagenbericht Rohstoffe mit Hintergründen, volkswirtschaftlicher Bedeutung und Massnahme-Empfehlungen für die Schweiz veröffentlicht. Mehr dazu im Dossier «Die Schweiz und der Rohstoffhandel» unter: www.eda.admin.ch (Aktuell, Dossiers)



Ein Drittel des weltweiten Handels mit Rohöl und Erdölprodukten wird über Genf abgewickelt

der Lage sind, ihre Rohstoffressourcen für den Wohlstand im eigenen Land zu nutzen. Nicht zuletzt, weil sie die Kontrolle über die Geschäfte weitgehend selber in der Hand haben.

Arme Länder hingegen, die weder über das notwendige Kapital für den Abbau ihrer Ressourcen verfügen noch über genügend Kapazitäten, um diese auf dem Weltmarkt abzusetzen, sind auf die Zusammenarbeit mit finanzkräftigen Partnern angewiesen. Besonders gross ist die Machtkonzentration bei Konzernen wie Glencore, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung bis zum Endabnehmer kontrollieren. Weil sie auch über Lagerräume und Logistik verfügen, sind sie zudem in der Lage, Märkte zu steuern und zu manipulieren. «Je grösser und umfassender ein Konzern, desto grösser ist die Gefahr, dass er die Preise diktiert», sagt Alexandra Gillies vom Revenue Watch Institute, einer internationalen Organisation, die sich für mehr Transparenz im Rohstoffhandel einsetzt.

Mehr Licht ins Rohstoffgeschäft

Seit rund zehn Jahren sind auf internationaler Ebene Bestrebungen im Gang, mehr Licht in die internationalen Rohstoffgeschäfte zu bringen. So engagiert sich zum Beispiel die Extractive Industries Transparency Initiative EITI für die Offen-

legung der Geldbeträge, die Staaten für Rohstoffexporte kassieren. In Ländern, die sich der Initiative angeschlossen haben, müssen sowohl der Staat wie die beteiligten Firmen die Geldflüsse im Rohstoffsektor publizieren. Ein erster Schritt in die richtige Richtung, sagt Gillies, weil so Korruption schwieriger werde und man Anhaltspunkte darüber erhalte, wie fair ein Geschäft ablaufe.

Länder wie Niger, wo nebst den Geldflüssen auch die Verträge zwischen dem Staat und den Rohstofffirmen öffentlich publiziert werden, haben damit gute Erfahrungen gemacht, wie Ali Idrissa, Vertreter der Organisation «Publish what you pay» ausführt: «Dank der Offenlegung haben wir herausgefunden, dass bei Urangeschäften Geld versickert ist; zudem muss sich heute, wer in unserem Land Geschäfte machen will, unseren Standards beugen. Damit sich die armen Länder aber wirklich schützen und von ihrem Rohstoffreichtum profitieren können, braucht es internationale Transparenz.»

Neue Gesetze in den USA und der EU zielen in diese Richtung: Der im Juli 2010 verabschiedete Dodd-Frank Act verlangt von börsenkotierten Unternehmen in den USA, dass sie publizieren, wie viel sie den Herkunftsländern für Erdöl, Gas und mineralische Rohstoffe bezahlen. Unternehmen mit Sitz in der EU müssen künftig ebenfalls Informationen über Geldtransaktionen und Verträge im Rohstoffhandel offen legen.

Geteilte Meinungen in der Schweiz

Und wie positioniert sich die Schweiz? Die Meinungen, wie viel Transparenz im Rohstoffsektor nötig und vertretbar ist, gehen hierzulande auseinander. Die Schweiz ist zwar im Board der Transparenz-Initiative EITI vertreten und unterstützt deren Bestrebungen finanziell und bei der Umsetzung in den Rohstoff exportierenden Ländern. Aber gesetzliche Regulierungen im eigenen Land lehnte die offizielle Schweiz in diesem Bereich bis anhin ab und setzt auf Dialog und freiwillige Selbstregulierung der Unternehmen.

Nichtregierungsorganisationen wie die Erklärung von Bern oder Swissaid sowie verschiedene Vorstösse im Parlament fordern hingegen verbindliche Regulierungen und warnen davor, dass der Rohstoffsektor ohne Anpassung an internationale Transparenz-Standards nach dem Finanzsektor zu einem neuen Reputationsrisiko für die Schweiz werden könnte. ■